

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telek: 8 66 646 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Cornelia Sonntag MdB zum Umgang des Generalbundesanwalts mit Parlamentarier-Fragen zu den Ereignissen in Bad Kleinen: Nachrichtensperre ist keine Antwort.

Seite 1

Norbert Gansel MdB zur Willensbildung in der SPD: Mitbestimmungsrechte auf allen Ebenen im Statut verankern.

Seite 2

Willy Rothley MdEP, Günter Topmann MdEP und Günter Lüttge MdEP zum Umgang des Verkehrsministers mit Steuerungsinstrumenten: Wissmanns gefährliches Roulette.

Seite 4

Rudolf Müller MdB zur demographischen Entwicklung und der Bonner Sozialpolitik: Diskriminierung der Familien wird sich bitter rächen.

Seite 6

48. Jahrgang / 122

1. Juli 1993

Nachrichtensperre ist keine Antwort

Zum Umgang des Generalbundesanwalts mit Parlamentarier-Fragen zu den Ereignissen in Bad Kleinen

**Von Dr. Cornelia Sonntag MdB
Stellvertretende Innenpolitische Sprecherin der SPD-
Bundestagsfraktion**

Parlamentarier haben - ebenso wie die Journalisten - nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, das Verhalten von Regierung und Behörden zu kontrollieren, Kritik zu üben, Zweifelhafes zu klären, Pannen und Fehler aufzudecken. Das ist eine Binsenwahrheit. In der Innenpolitik - speziell bei der Bekämpfung des Terrorismus von rechts und links - wird das in jüngster Zeit immer schwieriger.

Ein trauriges Beispiel dafür liefert das Gebaren des Bundesanwalts Alexander von Stahl bei der Aufklärung der jüngsten Aktion gegen RAF-Terroristen. In Bad Kleinen ist die Terroristin Birgit Hogefeld gefaßt worden. Sie zählt nach Angaben aus Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt ebenso wie Wolfgang Grams zur Kommando-Ebene der RAF. Ein Polizeibeamter sowie Wolfgang Grams wurden bei dem Schußwechsel tödlich verletzt.

Ein Fahndungserfolg, der erste seit sieben Jahren, überschattet vom Tod zweier Menschen. So hat es der Generalbundesanwalt in ersten Reaktionen kommentiert. Anschließend häuften sich die Ungereimtheiten, wurden erste Angaben korrigiert, kam es zur Festnahme von etwa 50 Bürgern in Dortmund unter teilweise dramatischen Umständen.

Vorfälle, die Fragen förmlich herausfordern. Mußte die spektakuläre Aktion so ablaufen? Konnte man die beiden Gesuchten nicht an anderer Stelle auf dem Bahngelände festnehmen? Mußten die beteiligten Beamten ohne schußsichere Westen ans Werk gehen, um nicht "aufzufallen"? Was hat es auf sich mit jüngsten Aussagen, nach denen Grams, schon reglos liegend, "aus nächster Nähe" in den Kopf getroffen worden sei?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Leistungsbewertung
mit dem Qualitäts-Rundstempel
Kopiergenau



Der Generalbundesanwalt gab sich vor dem Ausschuß beklemmend einsilbig. Freigiebig war er nur bei der Auskunft über die langen Vorbereitungen, die Gefährlichkeit der beiden Terroristen, den großen Fahndungserfolg. Als dann Angaben im einzelnen erbeten wurden, antwortete er: hierzu könne er sich nicht äußern, um keine weiteren Fahndungserfolge gegen die RAF zu gefährden. Dies sei auch nicht möglich in einer als geheim eingestuftem Sitzung.

Alles andere als ein Beitrag zur inneren Sicherheit

Jedermann hätte Verständnis für das Argument, daß Strategien und Vorplanungen für weitere Schritte gegen die RAF nicht offen ausgebreitet werden dürfen. Aber es geht nicht an, daß ein Generalbundesanwalt sich zwar willig zum Verkünder von Erfolgen macht, auf kritische Rückfragen aber nicht eingeht. Es geht auch nicht an, daß von Stahl die Behauptung aufstellt, es seien keine Fehler begangen worden, es habe auch keine Pannen und Mängel gegeben - angesichts der traurigen Tatsache, daß die sorgsam geplante und lange vorbereitete Aktion zwei Menschenleben gefordert hat! Deswegen ist rückhaltlose Aufklärung geboten, ist selbstkritische Prüfung aller an dem Vorgang beteiligten Behörden nötig - und das muß auch möglich sein, ohne noch anstehende Fahndungs-Strategien auszubreiten!

So wie der Sachverhalt sich jetzt darstellt, war er alles andere als ein Beitrag zur inneren Sicherheit. Es steht zu befürchten, daß die RAF von ihrem zeitweilig versprochenen Verzicht auf Gewaltanschläge abrückt. Der Anlaß wurde ihr leider geliefert. Zu befürchten ist deshalb auch eine Eskalation terroristischer Aktivitäten. Es ist schlimm, daß sich die Generalbundesanwaltschaft nicht auf eine sorgsame Diskussion einläßt. Nachrichtensperre ist keine Antwort. Sie legt nur den Verdacht nahe, daß man sich den ersten Schlag mit der Festnahme einer Terroristin nach einer Reihe von Jahren nicht durch bohrende Fragen kaputt machen will.

(-/1. Juli 1993/rs/fr)

Mitbestimmungsrechte auf allen Ebenen im Statut verankern Zur Willensbildung in der SPD

Von Norbert Gansel MdB

Im staatlichen Bereich gibt es alle vier Jahren direkte Wahlen in Bund, Land und Kommunen. Die Bundestagsabgeordneten zum Beispiel werden vom Staatsvolk und nicht von den Landtagen gewählt. Man wählt Vertreter einer Partei mit einem politischen Programm. Man hat die Auswahl auf jeder Ebene und auf jeder Ebene gibt es die Chance der politischen Veränderung. Selbst auf der kommunalen Ebene beteiligen sich daran mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten.

Das "Parteiolk" hat weniger Rechte und Chancen, bei Veränderungen mitzuwirken. Im Ortsverein werden Delegierte für den Kreisparteitag gewählt, die Delegierte für den Landesparteitag wählen, die wiederum Delegierte für den Bundesparteitag wählen. Gewiß werden dabei auch Delegierte wegen ihres persönlichen, politischen Programms gewählt. Aber im Ortsverein ist man oft froh, wenn sich genügend Delegierte für den Kreisparteitag finden. Wo es mehr Bewerber gibt, werden meist die Vorstandsmitglieder und Aktivisten gewählt. "Man kann doch nicht erwarten, daß sie die Arbeit machen, und dann noch nicht einmal zum Kreisparteitag gehen dürfen". - Das ist natürlich und gerecht. Politisch ist es nicht. Weniger als 15 Prozent unserer Parteimitglieder beteiligen sich an dieser Wahl, die mit den höheren Ebenen nur noch indirekt zu tun hat.

Auch bei den Wahlen der Landes- und Bundesparteitagsdelegierten auf den Kreis- beziehungsweise Landesparteitagen spielen die politischen Positionen meist nicht die entscheidende Rolle, sondern der Bekanntheitsgrad und die schon ausgeübte Position, die Quote, die Vorstandsempfehlung, der regionale Proporz, Arbeitsgemeinschaften und (zu wenig) Betriebsräte und Gewerkschafter. Die politische Repräsentation, die sich dabei ergibt, ist zufällig. Sie ist durch Kader und Blocken manipulierbar. (Nur so erklärt sich, daß auf dem letzten schleswig-holsteinischen Landesparteitag fast 25 Prozent der Delegierten der alten Stamokap-Richtung zuzuordnen war, die sich auf wenig mehr als ein Prozent der Mitglieder stützen kann).

Mit jeder Ebene steigt der Anteil und der Einfluß der Berufspolitiker. Im Bonner PV sitzen schließlich nur noch Profis. Allerdings spiegelt der Parteivorstand in etwa die politischen Strömungen des Bundesparteitages wider. Auf dieser Ebene haben sich linke und rechte Kreise mit politischen Programmen gebildet, die sich gelegentlich durch Abstimmungen durchsetzen, aber meist durch Personalabsprachen und mit Formelkompromissen arrangieren. Eine Legitimation dieser Kreise und Programme durch die Basis gibt es nicht. - Das hat mit Demokratie wenig zu tun und mit der Meinung der Parteimitglieder fast gar nichts.

Das alles ist nicht nur ein formales Problem. Der von Ebene zu Ebene wachsende Immobilismus der Partei, die Unfähigkeit auf neue Herausforderungen zu reagieren, Profil und Geschlossenheit zu gewinnen, die soziale Entfremdung der Berufspolitiker in Lebensstil, Sprache und politischer Meinung von der Basis haben gewissermaßen Systeme.

Das Delegiertensystem hat in der Vergangenheit unter anderen politischen und sozialen Bedingungen einigermaßen funktioniert. Wenn es heute nicht durch andere Formen der Mitbestimmung der Mitglieder über ihre Partei ergänzt wird, kann die SPD als eine Mitgliederpartei an diesem System kauptgehen.

Durch die große Beteiligung an der Befragung zur Wahl des neuen Parteivorsitzenden am 13. Juni 1993 haben sich die Mitglieder ihre Partei wieder zurückgeholt, die sie an eine kleine, feine Kaste von Berufspolitikern zu verlieren drohten.

Die Basis hat ihren Anspruch auf Mitbestimmung angemeldet. Kein Zweifel: Das ist ein Machtanspruch, und ihm wird ein Innerparteilicher Machtkampf folgen! Die höheren Vorstände und abgehobenen Delegiertenkreise werden sich von Ihrer Macht nicht freiwillig trennen.

Jetzt müssen aber Mitbestimmungsrechte auf allen Ebenen und nicht nur bei Personal-, sondern auch bei Sachfragen im Statut verankert werden.

Die Basis hat einen natürlichen Verbündeten. Der zukünftige Parteivorsitzende kann sich auf die direkte Zustimmung von 197.000 Mitgliedern berufen. Das gibt zur Führung mehr Legitimation als Delegiertenwahlen, an denen sich in der Vergangenheit höchstens 130.000 Mitglieder beteiligt haben, - und zwar ohne zu wissen, daß im Juni 1993 über einen neuen Parteivorsitzenden zu entscheiden sein würde.

(-/1. Juli 1993/rs/fr)

Wismanns gefährliches Roulette
Zum Umgang des Verkehrsministers mit Steuerungsinstrumenten

Von Willi Rothley MdEP
Stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments

Günter Topmann MdEP
Stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlament

Günter Lüttge MdEP
Mitglied des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments

Statt für eine umwelt- und sozialverträgliche Verkehrspolitik, die langfristig der Bahn ihre Rolle in unserem Verkehrssystem sichert, macht der neue Bundesverkehrsminister Wismann seinen Einsatz in einem gefährlichen Roulette, bei dem er die Steuerungsinstrumente der Verkehrspolitik in einer Weise handhabt, daß er mit der linken Hand Löcher stopft, indem er mit der Rechten neue aufreißt.

Die Fakten:

Am 19. Juni stimmt der deutsche Verkehrsminister in Luxemburg einer Regional-Vignette für schwere LKW zu, die ab 1. Januar 1995 gleichzeitig für das Straßennetz Deutschlands, Dänemarks und der Benelux-Staaten eingeführt werden soll. Der Preis ist für zwei Jahre auf DM 2.500 festgelegt. Gleichzeitig werden gemeinschaftswaite Mindestsätze für die Besteuerung von Lastkraftwagen und die völlige Liberalisierung des Güterkraftverkehrs in abgestuften Schritten bis zum 1. Januar 1998 vereinbart. Minister Wismann kündigt an, daß die Steuern für in der Bundesrepublik zugelassene Fahrzeuge ab 1. Januar 1994 um 50 Prozent gesenkt würden. Andererseits werden in Deutschland die Mineralölsteuern erhöht, bei Dieselöl um sieben Pfennige pro Liter; sie liegen dann um 12 Pfennige über dem EG-Mindestsatz.

Die Milchmädchenrechnung des Bundesverkehrsministers:

Die bestehenden Unterschiede in der Besteuerung von Lastkraftwagen zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten werden verringert, allerdings nicht restlos beseitigt. Die Mindereinnahmen aus der KFZ-Steuer werden durch das erwartete höhere Mineralölaufkommen ausgeglichen. Ein Jahr später müssen Lastkraftwagen aus anderen Staaten einen Anteil der Kosten für die Benutzung des deutschen Straßennetzes zahlen: Maximal Eintausendachtundertfünfzig Mark pro Fahrzeug fließen in die Kassen des Bundesfinanzministers - der Rest geht an die Nachbarstaaten.

Im Klartext:

Statt einer Angleichung an das Kostenniveau der Bahn sinkt in Deutschland die Kostenlast für den Straßenverkehr tendenziell. Zwar steigt die Belastung von Fahrzeugen aus dem Ausland durch die Vignette etwas an. Sie bleibt aber deutlich unter der Belastung deutscher Fahrzeuge, insbesondere weil die Mineralölsteuererhöhung sich wegen der Tankgewohnheiten auf ausländische Fahrzeuge kaum auswirkt. Weitere einseitige Erhöhungen der deutschen Mineralölsteuern sind aus Gründen Wettbewerbsverhältnisses zu den Nachbarländern politisch nicht machbar. Die angekündigte Überprüfung des Preises der Vignette in zweijährlichem Intervall ist eine leere Versprechung, weil jede Erhöhung Einstimmigkeit voraussetzt, die im fiskalischen Bereich erfahrungsgemäß nur einmal alle zwanzig Jahre zu erreichen ist. Bleibt es dabei, wird sich die Tendenz der deutschen Straßenverkehrsunternehmen, statt Dienstleistungen Arbeitsplätze zu exportieren, weiter fortsetzen. Die Wettbewerbssituation der Bahn wird keineswegs gestärkt, im Gegenteil, das Mehraufkommen aus der Mineralölsteuer, das zum Ausgleich der Mindereinnahmen bei der KFZ-Steuer benötigt wird, fehlt bei der Strukturreform der Bahn.

Ausgang des Roulettes: Güterkraftverkehrsunternehmen im Ausland, Bahn im abseits.

Unsere Antwort:

Mit dem Zugeständnis, den Preis der LKW-Vignette auf 2.500 DM zu begrenzen, ihren Geltungsbereich auf Dänemark und die Benelux-Staaten auszudehnen und 27 Prozent der Einnahmen abzutreten, hat Herr Wissmann in Luxemburg wertvolles Terrain verspielt. Doch ist nicht zu unterschätzen, daß die Gemeinschaft nach mehr als 25jährigem Streit sich jetzt in dieser Frage endlich handlungsfähig gezeigt hat - Deutschland hätte die endgültige Liberalisierung des Verkehrsmarktes nicht mehr lange mit der Begründung aufhalten können, daß die Steuerharmonisierung noch aussteht. Jeder Versuch, das Luxemburger Ergebnis im nachhinein noch einmal umzustürzen, ist deshalb sinnlos. Der deutsche Verkehrsmarkt wird Herrn Wissmanns Kröte schlucken müssen, und er wird diese Kost verdauen können, wenn die Verkehrspolitik ihn auf drei Gebieten nicht allein läßt:

- Bahnreform

Die Strukturreform der DB/DR darf nicht mehr länger hinausgezögert werden und die Mehreinnahmen aus der Benzinststeuer müssen in die Schieneninfrastruktur investiert werden.

- Elektronische Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren

Gestützt auf die Klausel des "Luxemburger Kompromisses", daß nach dem 1. Januar 1998 statt der LKW-Vignette entweder gemeinschaftsweite oder nationale elektronische Gebührenerhebungssysteme für Schwerfahrzeuge eingeführt werden können, muß Deutschland bis zu diesem Zeitpunkt ein solches System zur Einsatzreife bringen. Damit wäre es möglich, genau von dem Zeitpunkt an, an dem die Liberalisierung des Straßenverkehrs voll greift, die systembedingten Verzerrungen der Vignetten zu beseitigen, und allen LKWs die Infrastrukturkosten entsprechend den zurückgelegten Strecken anzulasten.

- Übergangswise Beihilfe für den Schienen-Güterverkehr

Die durch den "Luxemburger Kompromiß" bewirkte tendenzielle Verschlechterung der Wettbewerbsposition der Schiene gegenüber dem Straßengüterverkehr muß für einen Übergangszeitraum - bis zur Vollkostenanlastung durch ein elektronisches System - durch Beihilfen ausgeglichen werden, insbesondere für den kombinierten Verkehr, um dessen in zwanzigjähriger Arbeit mühsam aufgebautes Volumen nicht durch verzerrende Marktbedingungen einer zerstörenden Erosion auszusetzen. Diese Beihilfen werden den Staatshaushalt belasten, doch werden sie nicht gewährt, zahlt der Finanzminister die gleiche Rechnung für ein noch höheres Bahndefizit.

Fazit:

Herrn Wissmanns "Luxemburger Kompromiß" ist noch keine Katastrophe, aber die Katastrophe abzuwenden wird den Steuerzahler viel Geld kosten.

(-/1. Juli 1993/rs/fr)

Diskriminierung der Familien wird sich bitter rächen
Zur demographischen Entwicklung und der Bonner Sozialpolitik

Von Rudolf Müller MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten

In einem Beitrag zur demographischen Entwicklung in der Welt und ihren Konsequenzen hat Hartmut Dießenbacher, Professor am Bremer Institut für Interdisziplinäre Altersforschung, die Bedeutung der gesetzlichen Alterssicherung für das Bevölkerungswachstum aufgezeigt. Der Generationenvertrag der Familien, die Tatsache, daß die Kinder die Eltern im Alter versorgen, kann aber nur bis zu einem bestimmten Grade und nicht in beliebiger Form auf die Gesellschaft übertragen werden. Denn wann es auch stimmt, daß in den Entwicklungsländern die Geburtenzahlen drastisch gesenkt werden müssen, werden die sinkenden Kinderzahlen bei uns langsam aber sicher zu einem Problem.

Noch so großer Reichtum, eine noch so große Kapitalanhäufung für künftige Renten garantieren noch lange nicht, daß die Generation der Alten tatsächlich mit den notwendigen Gütern und Dienstleistungen versorgt wird. Das kann nur eine jüngere Generation tun, die dazu (auch zahlenmäßig) in der Lage und bereit ist. Manchmal hat man jedoch den Eindruck, daß geglaubt wird, man könne statt und überall Menschen durch Kapital ersetzen. Der Armutsbericht des Caritas-Verbandes hat erneut gezeigt, daß vor allem viele Alleinerziehende und kinderreiche Familien in den letzten Jahren besonders von Armut betroffen worden sind.

Die Tatsache, daß Familien mit Kindern durch die Politik materiell bestraft werden, ist geradezu zukunftsgefährdend. Dabei sollte man sich durchaus vor falschem Moralisieren hüten. Nicht alle, die keine Kinder haben, wollen sich nur einen guten Tag machen. Aber auch diejenigen, die nicht aus purem Egoismus kinderlos sind, leben im Alter von den Leistungen der Kinder anderer Leute. Insofern ist es gerechtfertigt, daß auch sie die Lasten des Kinderaufziehens wirklich angemessen mittragen. Denn die Tatsache, daß Kinder zu haben, ärmer macht, ist zwar nicht der einzige, aber doch ein wesentlicher Grund für den Geburtenrückgang. Die sich verändernde Alterspyramide wird heute noch gar nicht voll übersehbar, zum Teil nicht änderbare Konsequenzen haben. Insofern ist eine gründliche Diskussion aller Zusammenhänge überfällig.

Grundsätzlich gilt aber, daß es ohne ausreichende Geburtenzahlen humane Problemlösungen überhaupt nicht geben kann. Die Stärkung der Familien mit Kindern ist also die wichtigste Voraussetzung für jede Art künftiger Alterssicherung. Auch in diesem Fall zeigt sich wie sehr die Folgen der Hitler-Ideologie noch immer einer realistischen Diskussion im Wege stehen. Hitler propagierte Kinderreichtum, weil er - wie es so bezeichnend hieß - "Menschenmaterial" für seine Kriegspolitik brauchte. Diese Perversion ändert nichts daran, daß jedes Volk, das sich nicht selbst aufgeben will, ausreichenden Nachwuchs braucht. Wer glaubt, man könne diese Frage durch Einwanderung lösen, sollte sich nicht täuschen. Einwanderer und ihre Kinder tragen nur dann zur Problemlösung bei, wenn sie - wie zum Beispiel die sogenannten "Ruhypolen" Ende des letzten Jahrhunderts wirklich voll integriert werden. Je mehr das aber sind, umso unwahrscheinlicher wird das.

Ob eine sogenannte multikulturelle Gesellschaft, in der die nichtdeutschen Nationalisten die Masse des Nachwuchses stellen, wirklich wie eine große Familie reagiert, in der sich alle für alle Alten verantwortlich fühlen, ist keineswegs sicher. Warum sollten sich Einwanderer auch so verhalten, wenn schon Deutsche ihr soziales Netz immer mehr mißbrauchen? Wenn die materielle Diskriminierung der Familien mit Kindern so weitergeht, wird das die Deutschen noch teuer zu stehen kommen. Daß auch nach mehr als einem Jahrzehnt Regierungsverantwortung zweier Parteien, die sich christlich nennen, das Problem nicht ansatzweise gelöst worden ist, zeigt nur, wie weit sich die Deutschen von der Realität entfernt haben.

(-/1. Juli 1993/rs/fr)
